

Selected Student Paper No. 26

Die politische Repräsentation –
Eine Entmündigung des Bürgers?

von **Tassadit-Nabila Abbas**

Oktober 2009

http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_select.html

ISSN 1862-8117

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Das <i>politische Feld</i>	4
2.1	Feld und Kapital	4
2.2	Feld versus System	7
2.3	Feld und Habitus	8
2.4	Politisches Feld oder politischer Apparat?	9
3	Kritik Bourdieus an der <i>politischen Repräsentation</i>	11
3.1	Das Monopol der Professionellen	11
3.2	Die Logik des symbolischen Marktes	13
3.3	Strukturelle Homologie in den politischen und sozialen Feldern	15
4	Das Selbstbild deutscher Abgeordneter in Gegenüberstellung mit Bourdieus Kritik	17
4.1	Parlamentarier als Berufspolitiker?	18
4.2	Interessensvertretung der Bürger	19
4.3	Die parlamentarische Repräsentation: Eine Entmündigung des Bürgers?	21
5	Fazit	22
6	Literaturverzeichnis	25
	Erklärung	

1 Einleitung

Der Grundgedanke einer parlamentarischen Demokratie ist, dass Politik das Belangen aller souveränen Bürger und Bürgerinnen sei, die u.a. durch das Wählen ihrer Vertreter in das Parlament Einfluss auf die Gestaltung der Politik nehmen und auf diese Weise an ihr partizipieren. Im Gegenzug wird von den Parlamentariern erwartet, dass sie die Interessen der Bürger aus der Gesellschaft heraus aufnehmen, kanalisieren, in den politischen Diskurs einbringen und letztendlich angemessen gegenüber der Opposition oder widerstrebenden Lobbykräften vertreten und durchsetzen.¹

In dieser Arbeit wird dem o.g. klassischen Repräsentationsverständnis ein diametrales Verständnis der politischen Repräsentation von Pierre Bourdieu entgegengesetzt. Nach Bourdieu ist die *politische Repräsentation* ein Scheinbild, welches hauptsächlich auf einer *strukturellen Homologie* zwischen dem *sozialen* und *politischen Feld* gründet. Durch die Delegation seines politischen Mitbestimmungsrechtes würde der Bürger vor die Wahl der politischen Abstinenz, der ständigen Organisation oder der Enteignung gestellt werden.

In der vorliegenden Arbeit wird herausgestellt, wie das Verhältnis zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung der parlamentarischen, politischen Repräsentation sowie ihrer Repräsentanten ist und ob sich Anhaltspunkte für Bourdieus Kritik auch im Selbstverständnis der Parlamentarier finden lassen. Zur Erläuterung und zum Verständnis von Bourdieus provokanter These werden die Hauptbegriffe aus seiner Sozialtheorie in Bezug auf das *Feld* im Allgemeinen und das *politische Feld* im Spezifischen eingeführt. Diese Einführung wird in Kapitel 2 vorgenommen. Im Folgenden wird seine Kritik am *politischen Feld* und am Repräsentationsgedanken dargestellt (3). Im Anschluss daran wird das Selbstbild der Parlamentarier nach einer Studie von Werner Patzelt (1996), mit Bourdieus pessimistischem Repräsentationsverständnis konfrontiert. Dazu wird in Kapitel 4 das Selbstbild der Parlamentarier dargestellt und auf Bourdieus Kritik angewendet bzw. eine mögliche Dekonstruktion dieses Selbstbild durch Bourdieus Kritik diskutiert.

Im Fazit wird geklärt, ob sich Bourdieus Kritik auch in der Praxis widerspiegelt (5).

¹ Das klassische Repräsentationsverständnis findet sich bei Fraenkel wie folgt definiert: „Repräsentation ist die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnde Organe eines Staates oder sonstigen Träger öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten und mit dem Anspruch legitimieren, dem Gesamtinteresse des Volkes zu dienen und dergestalt dessen wahren Willen zu vollziehen“ (Fraenkel 1964, 81). In einer parlamentarischen Demokratie nehmen gewählte Parlamente Einfluss auf die Regierung (vgl. Patzelt 1995, 365).

2 Das politische Feld

Um darzulegen, was die *politische Repräsentation* im Zusammenhang mit dem *politischen Feld* ausmacht, wird zuerst der Begriff des *Feldes* in der Bourdieu'schen Sozialtheorie erläutert. Zum Verständnis des *Feld*-Konzeptes wird es in drei wesentlichen Punkten mit der Systemtheorie verglichen. Im Anschluss daran, wird die Bedeutung des *Habitus* für das *Feld* herausgestellt. Infolgedessen können erst die Spezifika des genuin *politischen Feldes* begriffen werden, die für die Darstellung der Bourdieu'schen Kritik an der *politischen Repräsentation* im folgenden Kapitel konstitutiv sind.

2.1 Feld und Kapital

Unter *Feld* versteht Bourdieu einen „Mikrokosmos“ (Bourdieu 2001, 30) mit einem eigenem Referenzsystem, spezifischem Wissen, eigenen Spielregeln, einer eigenen Geschichte, einem eigenen System der Rekrutierung von Mitgliedern und einer eigenen *illusio*, das heißt einem geteilten Glauben innerhalb dieses *Feldes*.² Beispielsweise können universitäre oder kulturelle Domänen *Felder* sein. In einem *Feld* stehen Akteure und Institutionen mit unterschiedlichen Machtpositionen im Wettstreit um feldspezifische Profite: im *ökonomischen Feld* ist der Profit meist in Form von Geld, im *sozialen Feld* in Form von sozialen Kontakten beispielsweise (vgl. Bourdieu/Wacquant 2006, 133). Je nach *Feld* ist eine andere *Kapitalform* erforderlich oder besser geeignet, um auf die Strukturen, wie zum Beispiel auf die *illusio* oder eine bestimmte Machkonstellation, des *Feldes* Einfluss und Macht auszuüben:

„Ein *Kapital* oder eine *Kapitalsorte* ist das, was in einem bestimmten *Feld* zugleich als Waffe und als umkämpftes Objekt wirksam ist, das was es seinem Besitzer erlaubt, Macht oder Einfluß auszuüben, also in einem bestimmten Feld zu existieren und nicht bloß eine ‚quantité négligeable‘ [eine nicht zu berücksichtigende Größe] zu sein“ (Bourdieu/Wacquant 2006, 128).³

² Bourdieu vergleicht den Begriff des *Feldes* mit dem des Spiels. Analog zum Spiel, gibt es in einem *Feld* Einsätze, Interessensobjekte, die aus der Konkurrenz der Spieler untereinander resultieren und eine *illusio*, der unter den Spielern geteilte Glauben an das Spiel, der sie in unhinterfragter Anerkennung zum Spiel, alles einsetzen lässt (vgl. Bourdieu/Wacquant 2006, 127ff.). Bourdieus Begriff des *Feldes* lässt Ähnlichkeiten zu Wittgensteins Begriff des „Sprachspiels“ erkennen. Wittgenstein erläutert seinen Sprachbegriff, ebenso wie Bourdieu, u.a. mit dem Beispiel der Mannschaftssportarten (vgl. Rehbein 2006, 105f.). Analog zu Wittgenstein, der die Sprachauffassung einer einzigen formalen Sprache hinter der sprachlichen Praxis kritisiert, dekonstruiert auch Bourdieu die Auffassung einer gesellschaftlichen Totalität in voneinander relativ unabhängige Felder und soziale (Spiel-) Räume (vgl. Wacquant 1996, 37).

³ Hervorhebung und Übersetzung nicht im Original.

Es lässt sich ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen *Kapital* und *Feld* erkennen: Einerseits kann erst durch das *Kapital* in einem bestimmten *Feld* gehandelt und Einfluss genommen werden. Die Struktur eines *Feldes* wird durch die auf unterschiedlichem *Kapital* basierenden Machtpositionen bestimmt. Andererseits kann sich das *Kapital* nicht ohne ein spezifisches *Feld* herausbilden: Das *Kapital* und die darauf beruhenden Machtkämpfe konstituieren also das *Feld*, was wiederum zur Erstellung des jeweiligen *Kapitals* beiträgt (vgl. Bourdieu/ Wacquant 2006, 128, 139). *Kapital* lässt sich auch als Befähigung, Talent oder Ressource deuten, welches aus dem jeweiligen *Feld* hervorgeht und in jedem *Feld* wichtig ist. Zu den Kapitalgrundformen gehören *ökonomisches*, *soziales* und *kulturelles Kapital*, weil sie *Feld* übergreifend von Bedeutung sind und dadurch eine allgemeine Machtressource darstellen. (vgl. Bourdieu 2005, 49 ff., 70, Barlösius 2006, 104 ff., 188). Das *ökonomische Kapital* umfasst alles Monetäre, d.h. alles was Geld betrifft oder in Geld konvertierbar ist, wie beispielsweise Immobilien. Es ist im besonderen Maße dazu geeignet, Eigentumsrechte zu institutionalisieren (vgl. Bourdieu 2005, 52).

Das *soziale Kapital* umfasst alle Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen gründen und kann als Resultat der geleisteten gesellschaftlichen Beziehungsarbeit angesehen werden. Die gesellschaftlichen und sozialen Gruppen ermöglichen es, verschiedene soziale Kontakte zu knüpfen. Die auf *sozialem Kapital* beruhenden Beziehungen können sich lediglich im Tausch zwischen den Akteuren konstituieren und erhalten sich auch auf diese Weise. Das *soziale Kapital* ist gesellschaftlich institutionalisiert und wird beispielsweise durch die Mitgliedschaft in einer Partei, einem Sportverein, einer sozialen Klasse oder in der Familie gewährleistet. Der Umfang des *sozialen Kapitals* ist von der Anzahl der Tauschbeziehungen, also vom Beziehungsnetz und deren Kapitalumfang, abhängig (vgl. Bourdieu 2005, 63ff.).⁴

Unter *kulturellem Kapital* versteht Bourdieu im Allgemeinen die Fähigkeit, mit kulturellen Produkten und Praktiken kompetent umzugehen. Das *kulturelle Kapital* kann in drei Formen vorkommen: Erstens im *inkorporiertem Zustand*, d.h. in verinnerlichten Dispositionen, die im *Habitus*⁵ eingeschrieben sind, zweitens im *objektivierten Zustand*, das bedeutet in Form von kulturellen Gütern wie beispielsweise Bücher, Le-

⁴ Der Erwerb und die Bedeutung von *sozialem Kapital* lässt sich anhand der Veranstaltungen exemplifizieren, in denen einflussreiche Leute aus Wirtschaft und Medien sich auf einem eigens zu diesem Zwecke organisierten Event treffen, um gezielt Menschen kennen zu lernen, von denen sie sich versprechen, im Geschäftsleben zu profitieren. Sie versuchen derart ihr *soziales Kapital* durch das Kapital der Anderen aufzubessern oder zu erweitern.

⁵ Das *Habitus* Konzept wird im weiteren Verlauf der Arbeit in 2.3 noch erläutert.

xika, Gemälde, Denkmäler, Musikinstrumente, Museen etc. und drittens im *institutionalisiertem Zustand*, in Form von Bildungstiteln, die im wissenschaftlichen Feld oder im Bildungsfeld erworben werden und ebenfalls in den *Habitus* eingehen (vgl. Bourdieu 2005, 53ff.). Da insbesondere das *kulturelle Kapital* in der Familie erworben und weitergegeben wird, verfestigen sich u.a. über diese Kapitalform gesellschaftliche Unterschiede über Generationen hinweg.

Die drei Grundkapitalformen sind je nach Feld von unterschiedlich starker Bedeutung und können ineinander konvertiert werden.⁶ So ist für erfolgreiches Handeln im *kulturellen Feld* primär *kulturelles Kapital* notwendig, *soziales* oder *ökonomisches Kapital* können aber auch die Verwertung des *kulturellen Kapitals* begünstigen. Darüber hinaus lässt sich eine vierte grundlegende Kapitalart ausmachen: das *symbolische Kapital*. Das ist bei Bourdieu eine Kapitalform, die eine besondere Stellung den anderen Kapitalen gegenüber einnimmt. Im Gegensatz zu den Grundkapitalformen besteht es weder aus akkumulierter Arbeit, noch fungiert es als Investitionsmittel, sondern steht über den anderen Kapitalformen und dient primär zu deren Legitimation. Jede Art von *Kapital* kann zum *symbolischen* mutieren, wenn es als evident erkannt und anerkannt gilt. Es kann auch als „Meta- Kapital“ (Bourdieu/Wacquant 2006, 146) bezeichnet werden.

„Mit anderen Worten: das symbolische Kapital [...] ist nicht eine besondere Art Kapital, sondern, das, was aus jeder Art von Kapital wird, das als Kapital, das heißt Kraft, Macht oder Fähigkeit zur Ausbeutung verkannt, also als legitim anerkannt wird“ (Bourdieu 2001b, 311).

Im *Feld* dient *symbolisches Kapital* dazu, bestehende Kräfte-, Macht- und Positionsverhältnisse zu legitimieren. Jedes *Feld* hat seine inhärente Legitimation, welche auf *symbolisches Kapital* gründet (vgl. Barlösius 2006, 111).

⁶ Das Konvertieren des Kapitals lässt sich anhand Bourdieus *Logik der Ökonomie des symbolischen Tausches* im Rahmen seiner Theorie zur männlichen Herrschaft aufzeigen. Frauen als symbolische Objekte sind demnach zur Transformation von *ökonomischem Kapital* ihrer Männer in *soziales* und *symbolisches Kapital* der Familie durch das Kontakte knüpfen zu den Frauen der Geschäftspartner beispielsweise zuständig. Nicht nur in weniger differenzierten Gesellschaften dienen die Frauen den Männern zur Akkumulation *sozialen* und *symbolischen Kapitals*. Auch in modernen Gesellschaften der Gegenwart leisten sie u.a. durch das Gebären und Aufziehen der Kinder einen entscheidenden Beitrag zur biologischen Reproduktion und zum *symbolischen Kapital* der Familie (vgl. Bourdieu 2005b, 170f., Bourdieu 1997, 207).

2.2 Feld versus System

Bourdieu richtet seinen Feldbegriff primär gegen die von Parsons, Luhmann u.a. verwendeten Systembegriffe zur Einteilung der Gesellschaft in selbständige, soziale Bereiche (vgl. Barlösius 2006, 95). Im Folgenden werden drei Abgrenzungen zu Luhmann vorgenommen.

Die erste Divergenz zu Luhmann liegt darin, dass Bourdieu die *Felder* durch ihren *Nomos* als relativ autonom ansieht. Der *Nomos* stellt eine Art eigenes „Grundgesetz“ dar. Er macht die Unterscheidung zwischen den *Feldern* erst möglich und konstituiert die spezifische Logik des *Feldes*. So lautet das Grundgesetz der Ökonomie beispielsweise „Geschäft ist Geschäft“, was die in diesem *Feld* gewöhnliche Denkart veranschaulicht, dass bei geschäftlichen Dingen prinzipiell keinerlei Rücksicht auf Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen genommen wird. Im wissenschaftlichen *Feld* ist die Universalisierung und Objektivierung von Bedeutung und im künstlerischen *Feld* gilt „l’art pour l’art“ (vgl. Bourdieu/ Wacquant 2006, 127). Folglich bestimmt der *Nomos* zum einen die feldinterne Perspektive und zum anderen den feldexternen Blickpunkt, von welchem aus auch andere *Felder* bewertet werden. Das *Feld* ist lediglich relativ autonom und nicht wie in Luhmanns Systemtheorie autopoietisch⁷, da es sowohl aus feldinternen als auch aus den Beziehungen zwischen den *Feldern* entsteht, die von Macht- und Positionskämpfen gekennzeichnet sind. Die relative Autonomie resultiert also aus Machtverhältnissen zwischen den *Feldern*. Die Machtverhältnisse ordnen demnach die Positionen der Akteure im *Feld*.

Ein zweiter wesentlicher Unterschied zu Luhmann lässt sich in der hierarchischen Anordnung der *Felder* untereinander ausmachen, die ebenfalls aus den bestehenden Machtverhältnissen resultiert. Luhmann macht dahingegen keine hierarchische Anordnung zwischen den *Feldern* aus, da dies bedeuten würde, dass es Strukturprinzipien geben würde, welche die Gesellschaft organisieren, wo von er aber nicht ausgeht.⁸ Bei Bourdieu können *Felder* sich weitgehend verselbständigen und ihre eignen Interessen in andere *Felder* transferieren. An dieser Transfer- bzw. Exportarbeit der feldinternen Interessen in fremde *Felder* lässt sich die Dominanz des jeweiligen *Feldes* erkennen (vgl. Barlösius 2006, 97).

⁷ Ein *Feld* ist bei Bourdieu im Gegensatz zu Luhmann vor allem weder selbst regulierend oder autonom, noch sind sie funktional oder kohärent (vgl. Rehbein 2006, 108).

⁸ Hier kann aufgrund des Rahmens dieser Arbeit nicht näher auf Luhmann und die Übereinstimmungen oder Differenzen zu Bourdieu eingegangen werden, siehe hierzu: Bohn 2005, Bourdieu/ Wacquant 2006, 133ff.. Diese Differenzen werden lediglich zur Veranschaulichung des Begriffs angeführt.

Eine dritte Differenz liegt in der die Herausbildung der *Felder* an sich als Resultat von Machtkämpfen. Die Systemtheorie nimmt gegensätzlich dazu an, dass die soziale Praxis als eine Art Ergebnis einer spontanen und willkürlichen Evolution ist. Die *Felder* nach Bourdieu unterliegen– je nach Kapitalart und –stärke ihrer Mitglieder– auch intern einer sozialen Strukturierung. So bestimmen die Kapitalstarken eines *Feldes* die Wahrnehmungs- und Denkschemata, welche mit dem feldspezifischen *Nomos* im Einklang sind und welche nicht. Auf diese Weise liegen bei den besser Positionierten der Einfluss und die Macht, das *Feld* zu gestalten und zu strukturieren. Die interne soziale Strukturierung legt die einzig legitime Sichtweise des *Feldes* fest und bestimmt damit, was das *Feld* ausmacht, nämlich den *Nomos* (vgl. ebd., 98).

Darüber hinaus sind gesellschaftliche *Felder*, Bourdieu zufolge, nach ähnlichen Prinzipien organisiert und strukturiert: Sie bilden sich alle aus gesellschaftlichen Kräften und Kampfverhältnissen heraus, sie weisen eine *illusio* auf, sie schließen gewissen Akteure und Institutionen aus und ihnen unterliegt ein gewisses, im *Habitus* verankertes, Interesse für das jeweilige Feld. Dementsprechend weisen sie eine *strukturelle Homologie* auf. Dennoch lassen sie sich nicht aus einer universalen Struktur ableiten, sondern unterscheiden sich in der Gestaltung der Homologien (vgl. Bourdieu/ Wacquant 2006, 137). Das bedeutet, dass in jedem Feld unterschiedliche Einsätze, Kräfte und Kapitalformen wichtig sind (vgl. Bourdieu 2001, 35).

2.3 Feld und Habitus

Der *Habitus* stellt ein „System dauerhafter und übertragbarer Dispositionen“ (Bourdieu 1987, 98) dar, welches sich durch jeweilige Sozialisierung ausprägt. Er umfasst die Denk-, Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, welche in einer Gesellschaft präsent sind. Sie werden in ihn eingeschrieben und somit in das Subjekt bzw. in den Körper einverleibt (vgl. Kraus 2004, 91). Die Gesamtheit der Schemata dient „im praktischen Zustand als Anschauungs- und Wertungskategorien bzw. als Klassifizierungsprinzipien so gut wie als Organisationsprinzipien des Handelns“ (Bourdieu 1986, 152). Die Prinzipien der Bewertung und des Handelns sind nicht nur in expressiven, sprachlichen und praktischen Äußerungen wieder zu finden, sondern auch am eigenen Körper selbst festzumachen (vgl. Kraus 1993, 216).

So können Gesten, Körperhaltungen und Bewegungen beispielsweise ein Teil des *Habitus* sein. Sie werden als konstituierende Elemente begriffen und sind nicht mehr nur Ausdruck von etwas. Die Inkorporierung in den *Habitus* ist folglich nicht nur me-

taphorisch gemeint, denn der Körper wird nicht nur als vom *Habitus* geprägt begründet, sondern ist als Teil des *Habitus*, Speicher sozialer Erfahrungen (vgl. Kraus 2004, 95f.) oder eine „Gedächtnisstütze“ (Bourdieu 1979, 200).

In Analogie zur Spielmetapher des *Feldes*, sieht Bourdieu den *Habitus* als Sinn für das Spiel an, das was man also als Gespür oder Talent für ein Spiel bezeichnet (vgl. Bourdieu 1992, 84f.). Der *praktische Sinn* liegt, in der im *Habitus* verankerten Kompetenz, Handlungsweisen hervorzubringen, die mit der sozialen Ordnung, hier also mit dem jeweiligen *Feld*, im Einklang stehen. Der *praktische soziale Sinn* versteht sich „als Natur gewordene, in motorische Schemata und automatische Körperreaktionen verwandelte gesellschaftliche Notwendigkeit“ (Bourdieu 1987, 127). Der soziale Akteur wirkt „in seiner Wahrheit konstituier[end], als derjenige, der die Konstruktion von Gegenständen praktisch vollzieht“ (Bourdieu 1986, 152). Diese habituellen Kompetenzen und körperlichen Prägungen bilden sich nur in Relation zu jeweiligen *Feldern* aus (vgl. Bourdieu 1993, 164). Die feldspezifischen Fähigkeiten können auch in andere *Felder* übertragen werden, sind aber je nachdem nicht genauso hilfreich und anwendbar. Beispielsweise ist für das (geistes-) wissenschaftliche *Feld* Lust und Fähigkeit an Lesen und Schreiben von Texten sehr wichtig. Das Interesse am erfolgreichen Handeln und Einflussnehmen in diesem *Feld* setzt folglich im *Habitus* der Akteure gewisse Dispositionen für lesen und schreiben sowie feldspezifische Qualifikationen voraus (vgl. Barlösius 2006, 98). Es herrscht also eine wechselseitige Abhängigkeit: Ohne diese feldspezifische Verankerung im *Habitus* können sich *Felder* nicht reproduzieren und umgekehrt können sich die *Habitusformen* ohne das *Feld* nicht entwickeln (vgl. ebd. 98f.).

2.4 Politisches Feld oder politischer Apparat?

Das *politische Feld* stellt eine Art „Arena“ (Bourdieu 2001, 34) dar, in dem um die Herrschaft gekämpft wird. Wie jedes andere *Feld*, verfügt auch das politische über ein Machtfeld, in welchem Kämpfe ausgetragen werden, welche die Herrschaft über das *Feld* und in diesem Fall über den Staat entscheiden. In Bezug auf andere *Felder* kommt dem *politischen Feld* eine herausragende Stellung zu, da es eng mit der Öffentlichkeit verbunden ist und es die Herrschaft über den Staat und somit die symbolische Seite der Gesellschaft regelt (vgl. ebd.).

Das *politische Feld* ist nach Bourdieu weitestgehend autonom, d.h. es ist ein Feld mit einem ausgeprägten *Nomos* – seine Besonderheit in Bezug auf andere Felder besteht lediglich in der Verbindung zu den Wähler und Wählerinnen (vgl. Bourdieu 2001, 34, 76). Dies impliziere den Glauben, so Bourdieu, ein *Feld* für die Interessen der Wähler zu konstituieren. In Wirklichkeit ist das *politische Feld* ein *Feld* der Macht, welches lediglich dazu dient, das *symbolische Kapital* der Akteure in *symbolische Macht* zu transferieren (vgl. Bourdieu 2004, 63f.).

Obwohl Bourdieu einen *Apparat* als „eine für bestimmte Zwecke programmierte Höllenmaschine“ (Bourdieu/ Wacquant 2006, 133) bezeichnet, spricht er in *Die politische Repräsentation* ebenso vom *politischen Feld* wie vom *politischen Apparat* und trennt diese Begriffe in diesem Kontext nicht scharf voneinander (vgl. Bourdieu 2001, 108). An anderer Stelle räumt er ein, dass unter bestimmten Bedingungen ein *Feld* wie ein *Apparat* wirken kann (Bourdieu/ Wacquant 2006, 133). Diese Bedingungen implizieren, dass die Herrschenden im *Feld* den Protest und die Reaktionen der Beherrschten soweit unterdrücken, dass „alle Bewegungen ausschließlich von oben ausgehen“ (ebd.) und somit der für das *Feld* konstitutive Kampf und die Dialektik beendet werden. *Apparate* können also auch als „pathologischen Zustand von Feldern“ (ebd.) bezeichnet werden.

Politische Parteien funktionieren nach vier Aspekten umso mehr nach der Logik des Apparates: Erstens je weniger *kulturelles Kapital* ihre Mitglieder besitzen, zweitens je höher der Wert der Treue für die Wähler ist, drittens je mehr die Wähler zur beständigen und unreflektierten Delegation neigen, viertens je älter die Partei ist und je größer ihr *politisches Kapital* ist (vgl. Bourdieu 2001, 108). Das bedeutet, dass je mehr die politischen Parteien dazu neigen, ihre „Gewinne“ nach außen hin zu verfechten und auf Kampf mit widerstrebenden gesellschaftlichen Gruppen oder mit anderen Parteien fokussiert sind, umso eher sind sie nach dem „militärischen Modell eines Mobilisierungsapparats“ (ebd.) organisiert und strukturiert. Für die Pluralität im politischen Diskurs bedeutet dies eine drastische Einschränkung, denn die divergierenden Interessen und Meinungen unterliegen der Logik des politischen *Apparates*, welcher sie vereinheitlicht. Insbesondere für Politiker, die vor ihrem Eintritt in das politische Feld nicht über viel *ökonomisches* und *politisches Kapital* verfügen, gilt, dass sie abhängiger von der Partei sind und folglich auch stärker dem Apparat untergeordnet sind (vgl. ebd.).

Das bedeutet, dass sich nicht abschließend feststellen lässt, ob politisches Handeln nach der Logik eines *Feldes* oder eines *Apparates* verläuft. Nach Bourdieu bestehen beide Möglichkeiten. Das Agieren im *politischen Feld* ist aber freier, da der *Apparat* aus seinen Mitgliedern zu unterwerfende Objekte macht, die nur noch nach dieser Apparatlogik funktionieren.

3 Kritik Bourdieus an der *politischen Repräsentation*

Im Folgenden wird Bourdieus Kritik am Repräsentationsgedanken bzw. an dem in ihm implizierten Trugschluss der Repräsentation dargestellt. Dies wird zum einen anhand der Kritik an der Professionalisierung und den damit einhergehenden Folgen diskutiert. Zum anderen wird die *Homologie* zwischen *sozialem* und *politischem Feld* als Kritikpunkt der Repräsentation dargestellt.

3.1 Das Monopol der Professionellen

Bourdieu macht eine Autonomisierung und eine Professionalisierung im *politischen Feld* aus. Die Repräsentanten als Professionelle der Politik, bestehend aus Politikern, Beratern und politischen Journalisten, agieren unabhängig und getrennt von den so genannten Laien, welche die Bürger darstellen (vgl. Bourdieu 2001, 29). Mit der zunehmenden Autonomisierung des *politischen Feldes* handeln die Berufspolitiker jenseits der sozialen Realität und des *sozialen Feldes*, was zu einem Bruch zwischen der Fach- und der Laienwelt führt. Dieser Bruch hängt von sozialen Determinanten ab. Das bedeutet, dass das Interesse für Politik keine zufällige Begebenheit ist oder die eigene, versäumte Schuld der Bürger darstellt, sondern von im *Habitus* liegenden Faktoren abhängt. Drei Einflussfaktoren werden im Folgenden diskutiert.

Der erste Faktor ist das Geschlecht: Männer interessieren sich der Statistik nach mehr für Politik als Frauen.⁹ Dies ließe sich an, unbeantworteten Fragen (meist von Frauen) in Meinungsumfragen erkennen, was ein Zeichen für Inkompetenz oder Gleichgültigkeit sei. Die zweite zentrale Einflussgröße ist das Bildungsniveau: Je ge-

⁹ Das geringere Interesse der Frauen an Politik lässt sich u.a. anhand ihrer Sozialisation erklären. So werden den Männern in der Gesellschaft oftmals die Aufgaben überlassen, die mit Entscheidungsfindung, Konfrontation und konsequenten Interessensvertretung zusammenhängen. Dies stellen wichtige Bestandteile politischen Handelns dar. Frauen hingegen wird eher die vermittelnde Rolle des Kompromissfindens und des Nachgebens zugesprochen- eine Rolle, die mit Machtverlangen nicht viel gemeinsam hat. Zu näheren Darstellung der sozialen und technischen Bedingungen für die Teilnahme an Politik vgl. Bourdieu 1993, 620-726.

bildeter die Bürger sind, d.h. je mehr *Bildungskapital* sie aufweisen, umso mehr interessieren sie sich für Politik. In diesem Zusammenhang steht auch die dritte Variable der Klassenzugehörigkeit, die ebenfalls die Zugangs- und die Einflusschancen zum *politischen Feld* beeinflusst. So haben Mitglieder der unteren Klassen weniger Chancen, am „politischen Spiel“ mitzuwirken als Zugehörige der oberen Klassen. Diese genannten Variablen sind ungleichmäßig verteilt, sodass der Zugang zu den Mitteln, an der Politik zu partizipieren, ebenso ungleich ist (vgl. Bourdieu 2001, 30).

„Je mehr sich das politische Feld konstituiert, desto mehr verselbständigt es sich, professionalisiert es sich, desto mehr haben die Professionellen die Tendenz, auf die Laien herabzusehen“ (Bourdieu 2001, 44).

Bourdieu deckt hier die sozialen Bedingungen auf, dem das *politische Feld* unterliegt. Er charakterisiert es als einen Ort, an welchem eine ausgewählte, privilegierte Anzahl an Personen meist mit viel *ökonomischem* und *kulturellem Kapital* und freier Zeit Einfluss auf die Politik nimmt, von der die Mehrzahl des Volkes aber ausgeschlossen ist (vgl. ebd., 69). Das *politische Kapital* konzentriert sich folglich umso eher bei einer Anzahl von wenigen Professionellen, je mehr sie im Gegensatz zur restlichen Bevölkerung über freie Zeit und *kulturelles Kapital* verfügen (vgl. ebd., 69). In diesem Zusammenhang lässt sich auch von politischen Eliten sprechen, die insbesondere durch ihr *ökonomisches Kapital* Zugang zum *politischen Feld* erlangen: es kann ein Zusammenhang zwischen dem *ökonomischen*, dem *sozialen* und dem *politischen Kapital* festgestellt werden. Aus dieser ungleichen Ressourcenverteilung entspringt die Differenzierung in *Professionelle* und *Laien*, die zu einer Entstehung eines politischen Marktes führt, der sich in der Logik von Angebot und Nachfrage charakterisieren lässt (vgl. ebd., 68). In dem Element des Ausschlusses der Mehrheit besteht ein wichtiger Kritikpunkt Bourdieus, denn gerade Demokratien beruhen auf dem Grundgedanken des Volkes als Souverän, welcher an der Politik teilhat und gerade nicht ausgeschlossen wird. Bourdieu geht aber vom Gegenteil aus und begründet dies an den o.g. Teilnahmebedingungen an der Politik (vgl. ebd., 44). Für Bourdieu ist in der Delegierung ein implizierter Akt der Enteignung des politischen Rechtes enthalten. Dieser Enteignung wird weder durch das freie Wahlrecht der Delegation noch durch die prinzipiell mögliche, aber sozial bedingte und eingeschränkte Partizipation entgegengewirkt (vgl. ebd., 70f).

3.2 Die Logik des symbolischen Marktes

Nach Bourdieu ergehen aus dem *politischen Feld* Produkte, d.h. Wahrnehmungs- und Ausdrucksprinzipien, die zur Wahrnehmung und Teilung der *sozialen Welt* beitragen. Aus diskurstheoretischer Perspektive bedeutet dies, dass im *politischen Feld* entschieden wird, was denk- und somit vertretbar ist. Das bedeutet, dass zur Diskussion stehende Themen, Programme oder Probleme erst im *politischen Feld* definiert werden. Das *politische Feld* nimmt also nicht, wie oftmals angenommen, bereits bestehende Meinungen in der Gesellschaft bzw. im sozialen Feld auf. Das *politische Feld* übt auf diese Weise eine *Zensur* aus, da sich politische Absichten nur in Abhängigkeit zu bestimmten Feldern entwickeln können (vgl. Bourdieu 2001, 69f.). Das heißt, wenn beispielsweise Frauen-, Entwicklungs- oder Umweltpolitik keine im *politischen Feld* wahrgenommenen Gegenstände sind, dann können sie weder artikuliert werden noch kann auf sie politisch Einfluss genommen werden.

Die im *politischen Feld* Agierenden stehen in ständiger Konkurrenz und im Kampf um das Monopol der Ressourcenverteilung und um *symbolische Macht*, welche auf *symbolischem Kapital* gründet:

„Der Kampf, den die Professionellen untereinander ausfechten, ist zweifellos die Form par excellence des symbolischen Kampfs um die Bewahrung oder Veränderung der sozialen Welt durch die Bewahrung oder Veränderung der Sicht- und Teilungsprinzipien. [...] Es ist daher ein Kampf um die symbolische Macht, sichtbar und glaubhaft zu machen, vorherzusagen und vorzuschreiben, Kenntnis und Anerkennung zu verschaffen“ (Bourdieu 2001, 81).

Es geht also um die Legitimation von Klassifikationen und um *symbolische Macht*, anhand derer bestimmte Klassifikationen, wie beispielsweise Parteiprogramme Anerkennung bei den Bürgern erlangen sollen. Einmal den Status der Legitimität erreicht, gelten die Aussagen desjenigen als einzig wahre und die der oppositionellen Vertretung als unwahr- unabhängig vom realen Inhalt der Aussage (vgl. ebd., 98). Das *politische Kapital* ist dementsprechend eine Art des *symbolischen Kapitals*, das einer glaubwürdig erscheinenden Person ein ihr anerkanntes Machtbefugnis erteilt (vgl. ebd.).

Dieses Streben nach der politischen Bestätigung beim Wählerkreis hängt auch mit dem Verlangen nach Macht über den Staat und seinen Institutionen zusammen:

In parlamentarischen Demokratien ist der Kampf um die Zustimmung der Bürger (um ihre Stimme, ihre Beiträge etc.) auch ein Kampf um die Aufrechterhaltung

oder den Umsturz der *Verteilung der Macht über die öffentlichen Gewalten*“ (Bourdieu 2001, 83).

Den Professionellen kommt folglich das Monopol auf die Wahrnehmungs- und Äußerungsformen zu, deren Produktion der Logik des *politischen Feldes* unterliegt. Dadurch entsteht ein doppelter Herrschaftseffekt: Erstens entwickelt sich ein Monopol der Professionellen, das heißt, dass nur einige wenige, welche die Zugangsvoraussetzungen aufgrund ihres *kulturellen* und *ökonomischen Kapitals* und ihrer damit zusammenhängenden Privilegierung erfüllen, am *politischen Feld* teilnehmen können. Zweitens ist die Herstellung von politisch wirkungsvollen und legitimen Wahrnehmungs- und Teilungsprinzipien dem Monopol der Professionellen und daher den Zwängen und Beeinträchtigungen des *politischen Feldes* unterlegen (vgl. Bourdieu 2001, 70). Folglich, so Bourdieu, hat die Zensur, die den Zugang zu den Wahlmöglichkeiten unter den „politischen Produkten“ (ebd.) bestimmt und dementsprechend einschränkt, eine zweite Konsequenz: die Konsequenz der „oligo-politischen Logik“ (ebd., 71), welche das Angebot der „Polit-Produkte“ regelt. So werden von den Professionellen „politische Lösungen“ angeboten, welche selbst den Logiken im *politischen Feld* unterworfen sind, daraus resultiert eine stark eingeschränkte Wahlmöglichkeit der „Konsumenten“¹⁰. Diese neigen desto mehr zur unreflektierten Treue gegenüber bekannten „Marken“, hier also Parteien und Politiker, und zur bedingungslosen Delegation ihrer politischen Rechte an ihre Vertreter, je weniger ihre soziale Kompetenz bezüglich der Politik ist und je weniger sie über *politisches Kapital*, d.h. eigene Produktionsinstrumente für den Diskurs oder das politische Handeln verfügen (vgl. ebd.).

Für Bürger mit schwachem *kulturellem* oder *ökonomischem Kapital* bedeutet dies, dass sie lediglich die Wahl haben zwischen völliger politischer Abstinenz oder ständiger Organisation und absoluter Hingabe zur Partei, um ihre Interessen in den politischen Diskurs einzubringen. Diese Art der Organisation errichtet die Repräsentation der Klasse im *politischen Feld* und folglich erst die Klasse als solches, da das *Feld*

¹⁰ Bourdieus These des politischen Marktes besagt, dass dieser nach der Logik von Angebot und Nachfrage funktioniert. Demgemäß wendet Bourdieu wirtschaftswissenschaftliches Vokabular auf das *politische Feld* an. Den Bürger bezeichnet er als einen „Konsumenten“, um seine passive Rolle darzustellen. Dagegen lässt sich einwenden, dass Konsumenten durch Boykott oder verstärkten Kauf bestimmter Produkte Einfluss auf das Angebot des Marktes nehmen können- bei Bürgern verhält es sich etwas anders. Zwar können auch sie durch die Wahl oder die Abwahl Einfluss auf die personelle Vertretung nehmen- bei den hervorgebrachten Produkten haben sie aber kein ausgeprägtes Mitbestimmungsrecht.

die Wahrnehmung strukturiert. Für diese an *kulturellem* und *ökonomischem Kapital* Schwachen, ist der politische Markt der am wenigsten freie, denn sie sind auf Parteien im Sinne permanenter Organisationen angewiesen, die zum einen auf die Eroberung der Macht fokussiert sind und die zum anderen ihren Mitgliedern ein „Programm des Denkens und Handelns“ anbieten (vgl. ebd., 72). Diese Programme gehen den repräsentierten Interessen voraus und werden folglich zum Automatismus eines (subjektlosen) Apparates. Da die Repräsentierten nicht über die Fertigkeiten verfügen, sich die Instrumente des *politischen Feldes* zu Nutzen zu machen, unterwerfen sie sich folglich dem *politischen Apparat* (vgl. ebd., 72f.). Es lässt sich also feststellen, dass durch die ökonomische und kulturelle „Enteignung“ der Monopolisierungseffekt verdoppelt wird.

Bourdieu kommt letztendlich zu dem Schluss, dass die Repräsentanten nicht nur das professionelle Monopol auf die Ausübung der Macht inne haben, sondern auch das damit verbundene Monopol besitzen, die Interessen der Bürger zu artikulieren, die sie selbst aber erst im *politischen Feld* produzieren. Auf den letzten Kritikpunkt wird im Folgenden näher eingegangen.

3.3 Strukturelle Homologie in den *politischen* und *sozialen Feldern*

Bourdieu bezeichnet Politik als „sublimierte Form des Bürgerkriegs“ (Bourdieu 2001, 83) zwischen Parteien und Organisationen, der einerseits dazu dient, Stimmen und Macht zu akkumulieren und andererseits dazu, Akteure, die ihre Perspektive auf die soziale Welt teilen, dauerhaft zu mobilisieren. Um diese dauerhafte Mobilisierung zu gewährleisten, müssen Parteien zum einen eine Vorstellung der sozialen Welt, die möglichst eine breite Zustimmung beim Volk findet, bilden und durchsetzen. Zum anderen sind sie darauf angewiesen, Machtpositionen zu bekleiden, um diejenigen Positionen halten zu können, die sie bereits besitzen (vgl. ebd.). Auf diese Weise, so Bourdieu, verläuft die Bildung von Vorstellungen, Ideen und Lösungsvorschlägen zur sozialen Welt immer nach der Logik der Machteroberung bzw. nach der Mobilisierung der größtmöglichen Anzahl von Bürgern (vgl. ebd., 83f.). Folglich produzieren Parteien eine Repräsentation der sozialen Welt, die lediglich auf Zustimmung ausgerichtet ist. Es handelt sich hier also nicht um eine reale, inhaltliche Repräsentation des *sozialen Feldes*, sondern lediglich um eine „politische“, d.h. eine auf Stimmenfang fokussierte Repräsentation. Die politische Repräsentation repräsentiert dabei

aber nichts, sondern produziert ihre eigene Repräsentation im Konkurrenz- und Mandantenkampf. Bourdieu führt anhand dieser Argumentation den Begriff der Repräsentation gewissermaßen ad absurdum.

Des Weiteren konstatiert Bourdieu, dass das Verhältnis zwischen der Partei, also dem *politischen Feld* und der Klasse, d.h. dem *sozialen Feld* ein symbolisches Verhältnis zwischen einem *Signifikanten* und einem *Signifikat* darstellt. Dabei entsteht eine Kongruenz zwischen Repräsentanten, die Vorstellungen generieren und vorgestellten sozialen Akteuren (vgl. ebd., 84). Diese Kongruenz ist aber keineswegs Produkt von beabsichtigten Anstrengungen um die Nachfrage der Bürger oder von gesellschaftlichem Druck auf das *politische Feld*, sondern resultiert viel mehr aus der *strukturellen Homologie* zwischen dem *politischen* und dem *sozialen Feld* bzw. zwischen den sozialen (Klassen-) Kämpfen und deren sublimierter Form im *politischen Feld* (vgl. Bourdieu 2001, 85). Die *Homologie* erfolgt aus der Struktur des *politischen* und *sozialen Feldes*, die nach den gleichen Mechanismen der Kapitalakkumulation und des Kampfes hervorgebracht werden. Dadurch entsteht in beiden *Feldern* eine sehr ähnliche bis analoge Konstellation der Positionen der Akteure im *politischen* wie im *sozialen Feld* (vgl. ebd.). Diese *strukturelle Homologie* führt dazu, dass die politischen Professionellen ihre eigenen Interessen und gleichzeitig die Interessen derjenigen ansprechen, die eine homologe Positionierung im *sozialen Feld* einnehmen. Selbst in den Stellungnahmen, in denen die Politiker behaupten, uneingeschränkt die Interessen der Akteure des *sozialen Feldes* zu repräsentieren, verfolgen sie noch ihre spezifischen Interessen als Repräsentanten, welche ihnen durch die Struktur des *politischen Feldes* in Positionen und Oppositionen zugeschrieben wird (vgl. ebd., 86). Diese Verbindung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten verschleiert einen wichtigen Gesichtspunkt, nach welchem sich die Stellungnahmen und Handlungen der politischen Akteure ausrichten: dem Konkurrenzverhältnis zu anderen Professionellen (vgl. ebd.). So behauptet Bourdieu, dass das Verhältnis der Politiker zu den Bürgern stets durch das Verhältnis der Politiker zu ihren Konkurrenten vermittelt bzw. determiniert sei¹¹:

¹¹ Michel Vester kritisiert an dieser Stelle, dass Bourdieus Konzept der politischen Repräsentation zu statisch und deterministisch sei. Schließlich untersuche Bourdieu nur die Ebene des Staates und vernachlässige die „mittlere Machtebene [...] zwischen der großen Politik und den einzelnen Individuen“ (vgl. Vester 2002, 106). Aus der vorliegenden Arbeit ergeht jedoch, dass sich unter dieser „mittlere[n] Machtebene“ (ebd.) genau das von Bourdieu untersuchte Spannungsfeld zwischen *sozialer* und *politischer Ebene* verstehen ließe.

„Sie bedienen die Interessen ihrer Klienten in dem Maße (und nur in dem Maße), wie sie dabei ihre eigenen Interessen bedienen, dies *umso mehr, je mehr ihre Position in der Struktur des politischen Feldes sich mit der Position ihrer Klienten in der Struktur des sozialen Feldes deckt*“ (vgl. Bourdieu 2001, 86).

Es wird deutlich, dass, nach Bourdieu, die Repräsentanten lediglich aufgrund der Homologie die Interessen sozialer Akteure in gewissem Maße befriedigen können, sie aber in erster Linie ihre eigenen Interessen verfolgen. Darüber hinaus definieren politische Akteure die Interessen der Bürger, die aber meist relativ unabhängig von den realen Interessen letzterer sind (vgl. Bourdieu 2001, 30f.). Demnach verfolgen Politiker Interessen, die eher im *politischen Mikrokosmos* als in der *sozialen Welt* von Bedeutung sind. So sind viele wichtige politische Fragen deswegen wichtig, weil sie für die Politiker von großer Bedeutung sind und weil sie den Politikern dabei nützlich sind, Unterscheidungen zu ihren Konkurrenten aufzuzeigen (vgl. ebd.). Wenn beispielsweise Sigmar Gabriel sich vehement gegen Atomkraftwerke und für Elektroautos ausspricht, dann macht er diese Gegenstände zum Politikum und versucht gleichzeitig, sein Profil zu schärfen, indem er sich von seiner (konservativen) Konkurrenz abhebt. Das impliziert aber nicht zwingend eine reale Vertretung der im *sozialen Raum* vorhandenen Interessen.

Mit anderen Worten: Die in parlamentarischen Demokratien propagierte Vorstellung politischer Akteure, die die Interessen der Bürger vertreten, ist ein Trugschluss, der aus der *strukturellen Homologie* zwischen *sozialem* und *politischem Feld* hervorgeht. Es handelt sich um eine Scheinrepräsentation, da politische Akteure das zu Repräsentierende entweder selbst erst kreieren oder lediglich aufgrund der *Homologie* im *sozialen* und *politischen Feld* darauf eingehen können- soweit ihre eigenen Interessen dies zulassen.

4 Das Selbstbild deutscher Abgeordneter in Gegenüberstellung mit Bourdieus Kritik

Im Folgenden werden drei hauptsächliche Elemente des Selbstbildes der deutschen Abgeordneten nach einer Studie von Werner Patzelt von 1996 dargestellt. Diese werden mit der zuvor beschriebenen Kritik Bourdieus an der parlamentarischen Repräsentation konfrontiert. Es wird die Frage behandelt, ob die Kritik Bourdieus sich auch im Selbstverständnis der Parlamentarier findet und folglich eine Grundlage in parlamentarischen Demokratien hat.

4.1 Parlamentarier als Berufspolitiker?

Aufgrund des zeitlichen und arbeitsmäßigen Aufwandes sowie des erforderlichen Sach- und Fachverständnisses halten 90 Prozent der deutschen Abgeordneten das Amt des Parlamentarier für einen echten Vollzeitberuf. Dennoch bezeichnen sich lediglich 55 Prozent selbst als Berufspolitiker, während 30 Prozent diese Bezeichnung für ihr Amt zurückweisen (vgl. Patzelt 1996, 467). Hier offenbart sich eine deutlich kritische Haltung gegenüber der Professionalisierung von Politikern. Erstaunlich daran ist, dass diese sonst eher vom Volk vertretenen Vorbehalte gegen Berufspolitiker auch von Parlamentariern geteilt werden. Eine Erklärung ist, dass mit dem Anerkennen des Abgeordnetenamtes als einen normalen Beruf zahlreiche Implikationen einhergehen.

Zum einen impliziert das, dass hauptberufliche Politiker ihre eigene Karriere verfolgen und nicht in völliger Selbstlosigkeit lediglich die Wählerinteressen und das Allgemeinwohl im Blick haben. Nach Bourdieu agieren Politiker im *politischen Feld* stets im Verhältnis zu ihren politischen Konkurrenten: Ihre politischen Statements, ihre Handlungen und ihre Abgrenzung zu anderen Politikern vollziehen sich immer mit dem Wissen, dass sie in einem Konkurrenzverhältnis um reale Macht sowie um *symbolische Macht*, d.h. um Anerkennung und Prestige, stehen. Folglich beeinflussen ihre eigenen Interessen bezüglich ihrer Karriere, bestehend aus u.a. der Wahl oder Abwahl, der Aufstellung für bestimmte Posten oder für einen bestimmten Listenplatz, stets ihre Arbeit. Das karriereorientierte, politische Handeln kann auch Konsequenzen für die inhaltliche Ausrichtung der Politik haben. So versuchen sich einige Politiker, während Kommunal- und Landtagswahlen beispielsweise, im besonderen Maße von ihrer Konkurrenz abzugrenzen, indem sie sich inhaltlich von der „Mitte“ weg bewegen.¹² Dass politisches Handeln kein altruistisches Handeln ist, sondern auch der eigenen Karriere dient, ist in der Öffentlichkeit kein beliebter Gedanke. Aufgrund dessen stellen Parlamentarier dieses Faktum nicht in den Mittelpunkt ihres Handelns und folglich lassen sie es auch ungern in ihre Berufsbezeichnung mit einfließen, obwohl der Arbeitsaufwand eindeutig für eine Bezeichnung als Berufspolitiker spricht. Anders als Patzelt, welcher behauptet, es handele sich hier um „mangelnden Berufs-

¹² Roland Kochs (CDU) Reden während der hessischen Landtagswahl 2008 offenbaren dies: Um sich so sehr wie möglich von seiner Konkurrenz abzusetzen, diese zu diffamieren und die Wahl für sich zu entscheiden, griff er auf populistische und ausländerfeindliche Statements zurück. Das war eine Haltung, die ihm zwar zuvor nicht völlig fremd war, die er für den Wahlkampf aber sicherlich ins Extreme getrieben hat, um nicht nur Wählerstimmen aus der Mitte oder konservativen Kreisen, sondern auch vom rechten Rand zu gewinnen.

stolz“ (Patzelt 1996, 467), wird hier mit Bourdieu angenommen, dass Abgeordnete diese Karriereseite ihres Handelns bewusst nicht in den Vordergrund stellen wollen, um sich nicht mit dem Vorwurf konfrontiert zu sehen, dass sie sich nur den eigenen Interessen und der Karriere wegen engagieren, was einer Oligarchie gleichkäme. Das steht aber nicht im Gegensatz zu ihrem Berufstolz. Schließlich gehört das Abgeordnetenamt nicht zu einem Beruf, der am Rand der Gesellschaft und Öffentlichkeit angesiedelt ist.

Zum anderen geht mit der Professionalisierung auch eine Einteilung in Laie und Professionelle einher, welche das von Bourdieu kritisierte Repräsentationsmodell begünstigt. Mit dieser Einteilung kann nämlich, so Bourdieu, auch ein Bruch zwischen Politikern und Bürgern herbeigeführt werden, welche teils weder die Fachsprache der Politiker noch deren Entscheidungsfindung nachvollziehen können. Wenn sich Politik professionalisiert, impliziert es den von Bourdieu konstatierten Ausschluss aus der Politik für Nicht- Professionelle, der besonders in parlamentarischen Demokratien negiert wird. In einer Demokratie muss Politik für die breite Masse zugänglich sein, d.h., dass sowohl im Verständnis der Politik als auch im Zugang zu politischen Ämtern und in den Partizipationsmöglichkeiten keine Exklusion erfolgen darf. Andernfalls entfernt sich die Politik von der ihr Legitimation verschaffenden Basis und erhält Züge einer Aristokratie.

Kernpunkte von Bourdieus Kritik an der Professionalisierung lassen sich an dieser Stelle am Selbstbild der Parlamentarier veranschaulichen, welche sich mit den Implikationen, die mit der Bezeichnung als Berufspolitiker einhergehen, nicht identifizieren wollen.

4.2 Interessensvertretung der Bürger

Zu ihren parlamentarischen Aufgaben zählen 89 Prozent der Abgeordneten die Vertretung der Interessen und Anliegen der Bürger im Parlament. Worin diese Interessen genau bestehen, darin scheinen sich die Parlamentarier jedoch nicht so sicher zu sein. 90 Prozent versuchen, die Stimmung der Bevölkerung durch verschiedene Kontakte auszumachen (vgl. Patzelt 1996, 468). Diese Antwort zeigt, dass Abgeordnete sich bemühen, herauszufinden, was den Bürgern wichtig ist. Sie zeigt aber ebenso, dass die parlamentarische Delegation kein natürliches, evidentes Verhältnis einschließt, d.h. dass die Präferenzen des Wählerkreises nicht von vorne rein klar

sind. Bloß: Wie kann eine Repräsentation aussehen, die nicht weiß, was sie repräsentiert? Bourdieu interpretiert diesen Umstand dahingegen, dass die Abgeordneten, wenn überhaupt, dann nur aufgrund der homologen Positionierung der Akteure die Interessen der Bürger vertreten und ansonsten lediglich ihre eigene Repräsentation produzieren. Die Unsicherheit der Abgeordneten bezüglich des Wählerwillens bestärkt diese pessimistische Annahme Bourdieus.

65 Prozent erachten es außerdem für wichtig, sich für die Realisation der politischen Einstellungen und Vorstellungen ihrer Partei einzusetzen (vgl. ebd.). 63 Prozent zählen zu ihren Aufgaben, die Willensbildung der Bürger zu beeinflussen und dabei für ihre eigenen Standpunkte zu werben (vgl. ebd.). Dies bekräftigt den oben genannten Skeptizismus Bourdieus, denn es manifestiert sich, dass Abgeordnete nicht nur die Interessen der Bürger – die sie nicht genau benennen können – vertreten, sondern vor allem ihre eigenen parteipolitischen, machtpolitischen und mit Bourdieu gesprochen auf *symbolischer Macht* ausgerichteten Ziele verfolgen. Die politischen Vorstellungen der Partei sind schließlich nicht zwingend deckungsgleich mit denen der Bevölkerung. Parteien müssen sich zum Beispiel finanzieren und haben beispielsweise ein großes Interesse daran, an der Regierung zu partizipieren etc. – Anliegen, die nichts mit den Problemen und Anliegen der Durchschnittsbürger gemeinsam haben. Dass Abgeordnete dabei auch auf einige Anliegen der Bürger eingehen müssen oder vorgeben auf sie einzugehen, um Zustimmung zu erhalten, die sie in Ämter legitimiert, ist für Bourdieu lediglich Mittel zum Zweck. In erster Linie, so Bourdieu, steht aber die eigene Interessensverfolgung für die eigene Karriere, für die Partei und für deren Machterhalt im Vordergrund. Dies sei umso mehr der Fall, je weniger *kulturelles* und *ökonomisches Kapital* das Parteimitglied vor dem Parteieintritt besaß.

Ferner versuchen, laut Bourdieu, Parteien ihren Mitgliedern und der restlichen Bevölkerung ihre eigenen Interessen als Interessen des Volkes zu vermitteln. Wenn 63 Prozent intendieren, die politische Willensbildung zu beeinflussen und ihre eigenen politischen Ziele der Bevölkerung näher zu bringen, dann bestätigt das ebenfalls Bourdieus These.

Auch der Fakt, dass 90 Prozent der Abgeordneten sich über den explizit artikulierten Bürgerwillen hinwegsetzen würden, wenn es gute Gründe dafür gäbe (vgl. Patzelt, 1996, 469), spricht für Bourdieus Kritik. Wenn die Delegierten sich wirklich als Vertreter des Volkes verstehen, dann erweisen sich solche Aussagen als problematisch. Denn sie demonstrieren eine Einstellung, die nicht mit der der Repräsentation kon-

form ist, sondern eher vermuten lässt, dass sie die Bevölkerung für nicht fähig halten, relevante politische Entscheidungen zu evaluieren. Das kann auch eine Konsequenz der Professionalisierung der Politiker sein, da sie sich als „Experten“ am ehesten dazu geeignet sehen, politische Entscheidungen zu treffen. Die skeptische Haltung der Bevölkerung gegenüber manifestiert sich auch darin, dass 34 Prozent die Bürger für schlecht informiert halten (vgl. Patzelt 1996, 496f.). Anhand dieser mehrheitlich geteilten Einstellung, sich gegebenenfalls über den Bürgerwillen hinwegzusetzen, wird Bourdieus Kritik explizit: Eine Delegation, die nicht nur nicht weiß, was ihre Wähler wollen und ihre eigene Repräsentation produziert, indem sie den Bürgern ihre eigenen Interessen aufbürden will, sondern sich auch noch dafür ausspricht, den expliziten Willen ihrer Wähler zu missachten, verdient den Namen Repräsentanten nicht mehr.

4.3 Die parlamentarische Repräsentation: Eine Entmündigung des Bürgers?

Mit großer Mehrheit, nämlich 92 Prozent, lehnen die befragten Abgeordneten die These ab, dass Repräsentation zu einer Entmündigung des Bürgers führe, indem man ihm sein Recht auf politische Selbstbestimmung nehme (vgl. Patzelt 1996, 472). Es gibt also einen mehrheitlichen Konsens dafür, dass politische Repräsentation demokratisch vertretbar sei und nicht die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger einschränke. Dennoch sprechen sich 46 Prozent dafür aus, dass die existierende repräsentative Demokratie sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene durch plebiszitäre Elemente ergänzt werden soll (vgl. ebd.). Hier werden Diskrepanzen zwischen dem Selbstverständnis der Abgeordnete und dem aktuellen Regierungssystem offensichtlich (vgl. ebd.). Wenn Repräsentation wirklich nicht nur als Notbehelf anzusehen ist, das auf dem Misstrauen der politischen Kompetenz der Bürger basiert, wenn die Bürger durch Repräsentation tatsächlich nicht entmündigt oder mit Bourdieu gesprochen „enteignet“ werden und wenn die Deputierten ohnehin adäquat die Interessen der Bevölkerung aufnehmen – was sie ihrem Selbstbild nach tun – dann drängt sich doch die Frage auf, warum sie komplementär zum parlamentarischen System Plebiszite für notwendig halten. Das ist insbesondere dahingegen paradox, da die Abgeordneten mehrheitlich der Meinung sind, die Bürger hätten ein zu geringes politisches Interesse und würden über wenige Kenntnisse über das Parlament und die Parlamentarier verfügen (vgl. Patzelt 1996, 500). Warum sollte, nach dem Verständ-

nis der Abgeordneten, ein politisch ungebildetes und unerfahrenes Volk über wichtige Fragen entscheiden, wenn die Parlamentarier selbst doch die Professionellen sind, die für ihre Arbeit auch verantwortlich gemacht werden können? Das lässt sich eigentlich nur dadurch erklären, dass sie entweder in ihre eigene Arbeit oder in das parlamentarische System nicht ausreichend Vertrauen haben. So zeichnet sich die parlamentarische Demokratie doch gegensätzlich zur direkten Demokratie gerade durch die Delegation und nicht durch die direkte Entscheidung durch Volksabstimmung aus. Diese Widersprüchlichkeit könnte auch auf Wissenslücken der Parlamentarier bezüglich des Systems zurückzuführen zu sein (vgl. Patzelt 1996, 473). Für Bourdieu wäre diese Diskrepanz ein Zeichen dafür, dass politische Repräsentation, selbst von den Repräsentanten, nicht als Ideal angesehen wird, weil es doch eine Form von Entmündigung impliziert und somit gar keine Repräsentation in dem Sinne ist.

5 Fazit

Nach Bourdieu existiert politische Repräsentation in parlamentarischen Demokratien nur als propagierter Schein: Es handelt sich keinesfalls um eine reale Vertretung in dem Sinne, dass die Deputierten die Interessen aus der Gesellschaft heraus aufgreifen und versuchen sie durchzusetzen. Vielmehr produzieren sie selbst das zu Repräsentierende. Während der Repräsentationsbegriff im demokratischen System seinen Ausgang beim Volkswillen hat und von dort zum Parlament hinführend gedacht wird, liegt hier eine Verkehrung dieser Relation vor. Der Volkswille, den das Parlament repräsentieren soll, ist de facto nur die sekundäre Affirmation eines vorgefertigten Konstrukts. Das Potential des Volkswillens erschöpft sich bestenfalls in Entscheidungen, die er innerhalb einer vorgefertigten Welt zu treffen hat, nimmt jedoch keine kreative Funktion ein. Die Repräsentation des Volkswillens durch das Parlament ist demnach eher eine reine Präsentation, die einer Schaffung von Standpunkten sowie der Entscheidung über die Relevanz von Themen des politischen Geschehens gleichkommt.

Die Autonomisierung und Professionalisierung des *politischen Feldes* impliziert die Exklusion aus der Politik, da dadurch die Zugangsvoraussetzungen stark eingeschränkt werden und Bürger und Politiker in Laie und Professionelle eingeteilt werden. Folglich begreift Bourdieu Repräsentation konträr zu politischer Partizipation

und Selbstbestimmung. Bourdieu konstatiert darüber hinaus eine Monopolisierung der politischen Macht innerhalb des *politischen Feldes*, insbesondere in dem Bereich, in welchem die Interessen der Bürger vertreten werden sollten. Gerade die Parteien, die sich als aus dem Volk kommend verstehen, würden sich am weitesten von eben diesem fort entwickeln. Das läge vor allem daran, dass sie sich mit der Akkumulation von *politischem Kapital* dem *politischen Apparat* unterwerfen, der sie dann selbst wiederum zu Objekten der Logik ebendieses Apparats macht. Dabei kann eine bestimmte Habitusform, die ihren Ausdruck in der politischen Konkurrenz und dem Kampf um symbolische Macht findet, die Logik des Apparates zur Akkumulation politischen Kapitals bestärken.

Bourdieu's Kritik an der Repräsentation lässt sich an den drei aufgezeigten Elementen im Selbstbild der Parlamentarier wieder finden. Die zurückhaltende Haltung gegenüber der Berufsbezeichnung als Berufspolitiker deutet auf eine kritische Einstellung gegenüber der Professionalisierung des Berufsstandes des Abgeordneten. Die damit einhergehenden Implikationen stehen sowohl in der Bourdieu'schen Kritik als auch in der Hemmung der Parlamentarier sich als Berufspolitiker zu begreifen.

Die Unsicherheit der Parlamentarier hinsichtlich der realen Interessen der Bürger und der Umstand, dass sie sich gegebenenfalls auch über die Interessen der Bürger hinwegsetzen würden, bestätigt ebenfalls Bourdieu's Skepsis bezüglich der Interessensrepräsentation. Das lässt darauf schließen, dass Parlamentarier ihrem Selbstverständnis nach den Willen des Volkes durch ihre eigenen politischen Einstellungen „kultivieren“ möchten, dies der Bevölkerung als Volksinteresse vermitteln und ihn im Anschluss versuchen durchzusetzen.

Die Paradoxie, dass Abgeordnete auf der einen Seite Repräsentation nicht als Entmündigung begreifen, aber auf der anderen Seite Volksentscheide fordern, kann als Indiz dafür interpretiert werden, dass politische Repräsentationsverhältnisse stets problematisch sind und mit Einbußen der Selbstbestimmung der Bürger einhergehen.

Bourdieu's Theorie lässt sich zwar auf die politische Praxis bezüglich der Professionalisierung, der eigenen Interessensvertretung der Parlamentarier und der damit verbundenen Entmündigung der Bürger beziehen. Jedoch sollte weder die Einflussnahme der Politiker auf die Interessens- und Willensbildung der Bürger überschätzt werden noch sollte die kreative Kraft der Bevölkerung unterschätzt werden. Die The-

se Bourdieus der Entmündigung oder der Enteignung lässt sich folglich nicht in ihrer völligen Tragweite bestätigen.

Abschließend ist zu bemerken, dass sich aus dem Dargestellten erhebliche Diskrepanzen zwischen dem Selbstverständnis der Parlamentarier nach Patzelts Studie und dem Fremdbild des Parlamentariers nach Pierre Bourdieu ergeben.

6 Literaturverzeichnis

Bärlösius, Eva (2006): *Pierre Bourdieu*. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.

Bohn, Cornelia (2005): „*Eine Welt- Gesellschaft. Operative Gesellschaftskonzepte in den Sozialtheorien Luhmanns und Bourdieus*“. In: Colliot- Thélène, Catherine/ Francois, Etienne/ Gebauer, Gunter (2005): *Pierre Bourdieu: Deutsch- Französische Perspektiven*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 43-78.

Bourdieu, Pierre (1979): *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1986): „*Der Kampf um die symbolische Ordnung. Pierre Bourdieu im Gespräch mit Axel Honneth, Hermann Kocyba und Bernd Schwibs*.“, in: *Ästhetik und Kommunikation* e.V.: Ästhetik und Kommunikation, Heft 61/62, Jahrgang 16, Politik der Städte. Diskussion: Mythos Berlin. Berlin: Ästhetik und Kommunikation Verlags- GmbH, 142-165.

Bourdieu, Pierre (1987): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1992): *Rede und Antwort*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1993): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1997): „*Die männliche Herrschaft*“, in: Dölling, Irene/ Krais, Beate (1997): *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 153-215.

Bourdieu, Pierre (2001): *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz: UVK.

Bourdieu, Pierre (2001b): *Mediationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2004): *Der Staatsadel*. UVK: Konstanz.

Bourdieu, Pierre (2005): *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1*. Hamburg: VSA.

Bourdieu, Pierre (2005b): *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt a. M: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre/ Wacquant, Loic (2006): *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fraenkel, Ernst (1964): „Die repräsentative und die plebizitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat“. In: Fraenkel, Ernst (1964): *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart: Kohlhammer , 81-119.

Krais, Beate (2004): „*Habitus und soziale Praxis*“, in: Steinrücke, Margareta (2004): *Pierre Bourdieu- Politisches Forschen, Denken und Eingreifen*. Hamburg: VSA- Verlag, 91-106.

Krais, Beate (1993): „*Geschlechterverhältnis und symbolische Gewalt*“, in: Gebauer, Gunter/ Wulf, Christoph (1993): *Praxis und Ästhetik: Neue Perspektive im Denken Pierre Bourdieus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 208-247.

Patzelt, Werner (1995): „*Vergleichende Parlamentarismusforschung als Schlüssel zum Systemvergleich. Vorschläge zu einer Theorie- und Forschungsdebatte*“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Sonderband 1, 354-385.

Patzelt, Werner (1996): „*Deutsche Abgeordnete: Profil eines Berufsstandes, der weit besser ist als sein Ruf*“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27, 462-502.

Rehbein, Boike (2006): *Die Soziologie Pierre Bourdieus*. UVK: Konstanz.

Vester, Michael (2002): „*Das relationale Paradigma und die politische Soziologie sozialer Klassen*“. In: Bittlingmayer, Uwe H./ Eickelpasch, Rolf/ Kastner, Jens/ Rademacher, Claudia: *Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus*. Opladen: Leske+Budrich, 61-121.

Wacquant, Loic (1996): „*Auf dem Weg zu einer Sozialpraxeologie*“. In: Bourdieu, Pierre/ Wacquant, Loic (2006): *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 17- 93.